

Friedrich-Schiller-Universität Jena

Studierendenrat der FSU Jena \cdot Carl-Zeiss-Straße $3 \cdot$ 07743 Jena

öffentliches Verlaufsprotokoll der Studierendenratssitzung am 12.06.2012

Studierendenrat

Vorstand Carl-Zeiss-Straße 3 07743 Jena

Daniel MünchTelefon: 0 36 41 · 93 09 98Felix QuittekTelefax: 0 36 41 · 93 09 92Johannes Struzekvorstand@stura.uni-jena.de

anwesende MdStuRa: Clemens Beck, Kai Bekos, Stephanie Borck, Peter Held, Marcus Müller, Daniel Münch, Felix

Quittek, Benjamin Rößner, Johannes Struzek, Julian Volk, Carola Wlodarski-Simsek, Kerstin

Zimmermann

entschuldigt: Anika Rehe, Konstantin Reißmann, Cindy Salzwedel, Madlen Schwarzenberger

ruhendes Mandat: Rafael De Cia, Jakob Horn, Christopher Johne, Jonas Johne, Richard Melzer, Sven Peter, Lena

Aylin Pooyeh, Julius Rohn, Jan Stübner, Alexander Zlehe

unentschuldigt: Arabi Amina, Lisa Karstädt, Anna Selle, Sebastian Walter

beratende Mitglieder: Janine Eppert, Diana Peuker, Enrico Schurmann

Gäste: Martina Juppe, Jan-Henrik Wiebke, Hauke Rehr, Annette Stolz, Simon Herker, Stephan Siewert,

Martin Salge, Carolin Fleischmann, Fabian Manheim

Sitzungsleitung: Daniel Münch, Felix Quittek

Protokollantin: Frances Karlen

Die Sitzungsleitung eröffnet die Sitzung um 18: 20 Uhr.

TOP 1 FA-022-2012: Benefizkonzert für Trinkwasserinitiative "Viva con Aqua"* (Patrick Csonka)

Felix Quittek:

Er stellt fest, dass die Antragssteller nicht da sind. Bereits in der letzten Sitzung waren die Unterlagen unvollständig.

Daniel Münch:

Er erklärt, dass es den Anschein hat, dass wir aus formalen Gründen eh nicht zustimmen können. Für ihn klingt es, als wenn es sich um eine Spende handelt. Außerdem scheint es, dass die Einnahmen gegenüber den Ausgaben zu groß sind.

Felix Ouittek:

Er fragt beim Gremium nach, ob der Wunsch besteht, die Antragssteller nochmal zu kontaktieren.

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie möchte wissen, ob die Antragssteller nach der letzten Behandlung des Antrags kontaktiert wurden. Die formalen Fehler waren schon in der letzten Sitzung aufgefallen.

Peter Held:

Er hat den Antragstellern geschrieben, es gab aber keine Reaktion.

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie hat sich die Internetseite der Antragssteller angesehen, aber dort gab es kaum Informationen. Sie ist dagegen aufgrund des mangelnden Engagement der Antragssteller.

Abstimmung über Förderung des Benefizkonzertes mit 500€: 0 / 8 / 1 -abgelehnt

TOP 2 Diskussion und Beschluss: Zusammenarbeit und einen Rahmenvertrag mit dem DMB Jena und Umgebung e. V.* (Mike Niederstraßer)

-vertagt auf Antrag des Antragsstellers

TOP 3 Diskussion und Beschluss: Tarifliche Eingruppierung der Geschäftsleitung* (Christopher Johne)

Felix Quittek:

Er erinnert daran, dass der TOP bei der letzten Sitzung vertagt wurde, da ein neuer Brief vom Thüringer Bildungsministerium eingegangen war.

Johannes Struzek:

Er fasst den Inhalt des Briefes zusammen. Dieser besagt, dass der StuRa der Arbeitgeber ist und seine Verträge selbst gestalten kann. Wir sind nicht an TVL gebunden, können es aber auszahlen. Es gilt nur das Besserstellungsverbot. Aus seiner Sicht geht es heute um eine Grundsatzentscheidung.

Felix Ouittek:

Er fragt nach, ob das Personaldezernat eine Auszahlung von E6 weiter verweigern würde.

Johannes Struzek:

Bejaht.

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie möchte wissen, was aus der Überlegung, ein Lohnbüro zu beauftragen, geworden ist.

Johannes Struzek:

Er erinnert daran, dass die Beauftragung eines Lohnbüros im Rahmen des Vergleichs angedacht war und das die entsprechenden Gelder in den Haushalt eingeplant wurden. Allerdings erwägt der Rektor Rechtsmittel gegen die Zahlung der E6 einzulegen. Das bedeutet, dass er Zwansgelder verhängen oder eine Änderung des Arbeitsvertrag vornehmen kann. Es wäre aber möglich rechtlich gegen diese Maßnahmen vorzugehen.

Daniel Münch:

Er fragt nach, ob wir definitiv Rechtsstreitigkeiten mit der Universität provozieren, wenn wir daran festhalten die E6 zu zahlen.

Johannes Struzek:

Er erklärt, dass man einen Rechtsstreit zumindestens erwägen kann. Wenn die Universität auch weiterhin nicht bezahlt, dann ist eine einstweilige Verfügung drin. Mit den Gehaltsabrechnungen bei der Universität zu bleiben ist für den StuRa günstiger. Ein Lohnbüro wäre nicht wirtschaftlich und damit ein Verstoß gegen die Auflage wirtschaftlich zu handeln.

Felix Quittek:

Er schlägt vor, den status quo beizubehalten, bis die eine Arbeitsgruppe zur Erarbeitung der

Bezahlungsmodalitäten des Stura-Personals vollständige Ergebnisse hat.

Johannes Struzek:

Er denkt, dass das zwei verschiedene Punkte sind. Wir haben Verträge, die zu vollstrecken sind und daher müssen wir der Uni gegenüber konsequent sein. Wenn wir glauben, dass wir Recht haben, dann müssen wir das durchdrücken – notfalls mit Rechtsmitteln.

Benjanim Rößner:

Er meint, dass die Alternative wäre, nichts zu machen oder auf E5 zu gehen.

Felix Ouittek:

Er ist der Auffassung, dass Nichtsmachen nicht geht, denn dann entstehen Schadensersatzsforderungen

Änderungsantrag von Johannes Struzek: Der Studierenrat beschließt, die Universität mit einer angemessenen Frist (14 Tage) aufzufordern das Gehalt wie im Arbeitsvertrag zu berechnen. Wenn dies im Juli nicht geschieht, sind Rechtsmittel einzulegen (Einstweilige Verfügung gegen Uni erwirken). Der Vorstand leitet dies ein.

Abstimmung Änderungsantrag: 9 / 0 / 3 – angenommen Abstimmung Gesamtantrag: 9 / 0 / 3 angenommen

TOP 4 Diskussion und Beschluss: Kursangebot und Kurspreise Sprachenzentrum sowie ggf. Anpassung der Kooperationsvereinbarung* (Vorstand)

Felix Ouittek:

Er erklärt, dass die Sprachkurse rechtlich über den StuRa laufen. Das Sprachenzentrum hat sein Angebot ausgeweitet und außerdem wurden die Löhne angehoben. Daher sollen nun die Beiträge der Studierenden auf 20Euro pro Kurs angehoben werden.

Johannes Struzek:

Er berichtet weiter, dass derzeit ca. 3.000 Studierende das Kursangebot wahrnehmen, dass heißt, dass 20Euro pro Teilnehmer notwendig sind, um kostendeckend zu arbeiten. Die erwähnte Lohnerhöhung war aufgrund eines Senatsbeschluss notwendig. Das Sprachenzentrum bittet die Erhöhung auf 20Euro anzunehmen, ansonsten muss das Angebot reduziert werden. Im Sitzungsheft sind zwei unterschiedliche Vertragsfassungen abgedruckt, gültig ist aber die zweite Fassung. Ein neuer Vertrag muss aufgesetzt werden.

Felix Ouittek:

Er verliest eine E-Mail von Mike zu prekären Arbeitsverhältnissen der Lehrenden im Sprachenzentrum.

Johannes Struzek:

Er geht auf die Arbeitsbedingungen für Lehrpersonal ein. Die Lehrbeauftragten erhalten immer nur für 15Wochen Verträge. Das ist nicht sehr familienfreundlich und für alle eine schwierige Situation. Daher wäre langfristig ein anderes Modell erstrebenswert. Er schlägt vor, dass der Beitrag erhöht werden darf und die Kooperationsvereinbarung durch den Vorstand mit einer Überarbeitungsklausel versehen wird. Diese soll dazu dienen, dass im Laufe des Jahres eine Änderung der Beschäftigungsverhältnisse hergestellt wird, damit die prekären Arbeitsbedingungen im SZ nicht fortgeführt werden. Mit diesem Vorgehen wird den langfristigen und kurzfristigen Bedürfnissen entsprochen.

Felix Quittek:

Er will, dass mehr Personen als der Vorstand an dem Vertrag arbeitet.

Johannes Struzek:

Er erklärt, dass es für eine Änderung der Beschäfftigungsverhältnisse zwei Möglichkeiten gibt: 1) Die Universität stellt die Lehrbeauftragten ein. 2) Der StuRa kann die Leute einstellen, aber dann trägt dieser auch das Risiko.

Stephanie Borck:

Sie spricht sich für Johannes Struzeks Vorschlag aus, dass der Vertrag eine Änderung der Beschäftigungsverhältnisse fordert. Es geht an vielen Stellen so zu, daher muss sich der StuRa grundsätzlich positionieren und auf Veränderungen hinarbeiten.

Benjamin Rößner:

Er meint, dass die prekäre Arbeitssituation nicht durch den StuRa abgeschafft werden kann. Das ist nicht unsere Ausgabe, aber man kann sich beim Land für Verbesserungen einsetzen.

Felix Quittek:

Er ist dagegen, dass der StuRa das Lehrpersonal einstellt. Es handelt sich klar um eine Aufgabe der Universität. Aber wir sollten uns positionieren.

Stephanie Borck:

Sie möchte, dass die Kommission zur Ziel- und Leistungsvereinbarung die Problematik mit aufnimmt.

Felix Quittek:

Er weißt nochmal daraufhin, dass der Vorstand die Vertragsänderung nicht alleine erarbeiten kann. Die neue Art der Kooperation muss von jemand anderen erarbeitet werden.

Stephanie Borck:

Sie erklärt, dass sie das nicht schafft.

Johannes Struzek:

Er erklärt, dass der Vorstand politisch tätig ist, aber nicht die notwendigen Kapazitäten hat.

Frances Karlen:

Sie möchte wissen, ob das Sprachenzentrum solche Veränderungen überhaupt wünscht.

Johannes Struzek:

Er meint, dass unabhängig davon eine Veränderung der prekären Arbeitsverhältnisse herstellt werden muss.

Stephanie Borck:

Sie schlägt vor, den Sozialreferenten mit einzubinden.

Daniel Münch:

Er denkt, dass man anstehende Umstrukturierungen im SZ als Anlass für eine Veränderung der Arbeitsverhältnisse nehmen kann. Daher übernimmt er Johannes Struzeks Antrag.

Johannes Struzek:

Er verliest seinen Antrag.

Daniel Münch:

Er schlägt vor, dass eine Arbeitsgruppe den neuen Vertrag erarbeitet.

Antrag: Der Stura beschließt den Kurspreis von 20€ für das WS 2012/13. Der Vorstand wird mit der Verhandlung eines neuen Vertrages/Vereinbarung beauftragt. Diese_r soll eine Klausel zur Erarbeitung eines neuen Konzeptes zur Beschäftigung von Lehrbeauftragten beinhalten, um prekären Beschäftigungsverhältnissen entgegen zu wirken.

Abstimmung: 12 / 0 / 0 – einstimmig angenommen

TOP 5 Berichte

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie berichtet, dass das Kulturreferat heute eine Veranstaltung auf dem Campus durchgeführt hat, welche gut angenommen wurde. Außerdem hat der Bibliotheksausschuss getagt. Die Bibliothek ist pleite und muss sparen. Daher werden weniger Online-Ausgaben von Magazinen bestellt und Kürzung im gesamten Portfolio vorgenommen. Es gibt mehrere Gründe für den finanziellen Engpass: Zum einen die Preisanstiege bei den Zeitschriften und das weniger DVG-Gelder zur Verfügung stehen. Außerdem hält der Kanzler Mittel zurück, welche zur Konsolidierung der Hochschule genutzt werden sollen. Bei Neuberufungen fordern Professoren immer Gelder für HiWi-Stellen, auch diese Mittel kommen aus dem Bibliothekstopf. Einzige positive Nachricht beim Ausschuss war, dass neue Stellen geschaffen wurden.

Daniel Münch:

Er berichtet, dass letzte Woche FSR-Kom-Sitzung war. Es wurden Finanzanträge besprochen und das HoPo-Referat war zu Gast, um die Zivilkausel zu besprechen. Es gab rege Diskussionen. Die nächste Sitzung findet am letzten Mittwoch im Juni statt. Festzustellen ist, dass der 30-ct-Topf rege für die Finanzierung von BuFaTa genutzt wird.

Stephanie Borck:

Sie berichtet, dass die Kommission zur Ziel-und Leistungsvereinbarung heute noch tagt. Bisher ist die Resonanz lau, daher bittet sie um mehr Beteiligung. Weiter berichtet sie, dass ein HoPo-Einsteiger_innen-Seminar stattfindet. Stoffel will jemand aus der FSR-Kom hinschicken

Johannes Struzek:

Er berichtet, dass das OVG Weimar eine einstweilige Verfügung gegen das Online-Wahlverfahren verhängt hat. Das Ergebnis der Wahl darf nicht festgestellt werden. Wir könnten kommissarisch im Amt bleiben, wenn das Verfahren nicht rechtzeitig beendet wird.

Daniel Münch:

Er ergänzt, dass es mehrere Ungereimtheiten gibt. So wird der StuRa nicht online gewählt, dennoch dürfen auch wir keine Ergebnis feststellen. Außerdem werden wir vom Gericht nicht als Betroffene betrachtet.

Stepahnie Borck:

Sie denkt, dass das eine Ermunterung zur Teilnahme an der Auszählung ist. Denn nur so kann man die Ergebnisse mitbekommen.

Kai Bekos:

Er wendet ein, dass das Ergebnis doch mitgeteilt, aber nicht amtlich festgestellt werden kann.

Johannes Struzek:

Er ergänzt, dass die Urabstimmung nicht unter die Regelung fällt. Er weist darauf hin, dass das Uni-Sommerfest bald stattfindet. Es erging ein Brief von der Uni an den StuRa mit einer Einladung. Die Frage ist, wie viele Karten sie beantragen sollen. Interessierte solle sich per Mail beim Vorstand melden.

Daniel Münch:

Er weist darauf hin, dass die feierliche Immatrikulationsfeier bald stattfinde. EinE VertreterIn des StuRa sollte dort sprechen.

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie meint, dass das Aufgabe des Vorstandes ist.

Daniel Münch:

Er meint, dass auch andere Interessiert die Rede halten können. Ansonsten können wir beschließen, dass der Vorstand die Aufgabe übernimmt.

Stepahnie Borck:

Sie meint, dass das gleiche für die Studieneinführungstage gilt. Sie gibt den Tipp Frau Eva Schmidt-Rodermund jedesmal sagen, dass man reden will, sonst wird man übergangen.

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie hat die Aufgabe im SoSe übernommen, da niemand anders da war. Offensichtlich wurde der Vorstand also nicht eingeladen, daher sollte nachgehakt werden

Felix Quittek:

Er hat auf Jenapolis gesehen, dass der RCDS einen Film zu Nachhaltigkeit gemacht. Er bittet, dass dieser sich mit Umweltreferat zusammensetzen. Alle sollen an einem Strang ziehen.

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie berichtet, dass erstmalig eine Vertreterin der Studierendenschaft in der Kommission für den Kunstpreis der Universität sitzt. Die Vertreterin ist sie.

Enrico Schurmann:

Er möchte nochmal auf das Onlinewahlenverfahren eingehen. Das Urteil betrifft uns nicht, denn gegen uns wird nicht geklagt. Der Beschluss hat also keine Wirkung auf uns. Die Rücksprache mit unserem Anwalt wird zeigen, wie wir damit umgehen.

Kai Bekos:

Er möchte wissen, ob man das Ergebnis dennoch sehen und weitertragen darf oder nicht.

Einrico Schurmann:

Er erklärt, dass nur die Anwesenden bei der Auszählung etwas erfahren.

TOP 6 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Es sind 13 Gremiumsmitglieder anwesend, daher ist die Beschlussfähigkeit gegeben.

vorläufige Tagesordnung:

FA-022-2012: Benefizkonzert für Trinkwasserinitiative "Viva con Aqua"* (Patrick Csonka)

TOP 1 FA-022-2012: Benefizkonzert für Trinkwasserinitiative "viva con Aqua (, cuito) TOP 2 Diskussion und Beschluss: Zusammenarbeit und einen Rahmenvertrag mit dem DMB Jena und Umgebung e. V.* (Mike Niederstraßer)

- TOP 3 Diskussion und Beschluss: Tarifliche Eingruppierung der Geschäftsleitung* (Christopher Johne)
 TOP 4 Diskussion und Beschluss: Kursangebot und Kurspreise Sprachenzentrum sowie ggf. Anpassung der Kooperationsvereinbarung* (Vorstand) TOP 5 Bericht TOP 6 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
 TOP 7 Aufhebung der Vorstandsbeschlüsse zu M-048-2012: Vortragsreihe "Vorsicht Lichtwechsel", M-059-2012: Vortragsreihe Pogrome und M-060-2012: Fakultätsfest Informatik/Mathe TOP 8 Wahl 3. Referent Menschenrechtsreferat (Vorstand)Wahl 3. Referent Menschenrechtsreferat (Vorstand) TOP 9 2. Lesung und Beschluss: Satzungsänderung Ämter zur Hälfte mit Frauen besetzen (Mike Niederstraßer) TOP 10 2. Lesung und Beschluss: Geschäftsordnungsänderung zur Antragsfrist für Finanzanträge sowie 1. Lesung: Änderung Finanzordnung Vorlauf Finanzanträge (Felix Quittek) TOP 11 2. Lesung und Beschluss: Antrag auf Fördermitgliedschaft im Kunsthof Jena e. V. (Carola Wlodarski-Simsek) TOP 12 M-049-2012: BuFaTa Physik 08.-12.05.2012 (FSR PAF) TOP 13 M-062-2012: BuFaTa Medizin 29.06.-01.07.2012 (FSR Medizin) TOP 14 Diskussion und Beschluss: Digitales Schwarzes Brett (Johannes Strutzek)
- TOP 15 Bestätigung Daniel Münch Münch als stellv. Kassenverantwortlicher (Peter Held)
 TOP 16 Sonstiges

Änderungsanträge zur Tagesordnung:

Enrico Schurmann:

Er möchte, dass TOP 14 nicht behandelt wird. Die Position des / der Kassenverantwortlichen muss ausgeschrieben werden. Für die Stellvertreter sollte das auch gelten, denn die Befugnisse sind die Gleichen.

Peter Held:

Er wendet ein, dass das Verfahren bei Felix Quittek auch so gewesen sei. Außerdem werden die FSR-Finanzer auch nie ausgeschrieben.

Johannes Struzek:

Er entgegnet, dass die Finanzer der FSR von uns bestätigt werden und daher das Verfahren in Ordnung ist. Er denk aber, dass es Sinn macht, dass die Vorstandsmitglieder die Stelle ausfüllen. Es sollte eine Änderung der Ordnung erwogen werden.

Enrico Schurman:

Er erklärt, dass der Kassenverantwortliche auf der konstituierenden Sitzung gewählt wird. Da wurden die Sachen ordnungsgemäß ausgeschrieben werden. Man könnte eine Automatismus-Regel einführen, aber bis dahin muss man bei dem festgeschriebenen Verfahren bleiben.

Peter Held:

Er spricht sich dafür aus, Stoffel sein Amt als Kassenverantwortlicher zu entziehen, da sein Mandat ruht. Es wäre ihm wichtig, dass heute jemand Neues gewählt wird, denn Antje ist häufig nicht da.

Johannes Struzek:

Er fragt, wie häufig die Kassenverantwortlichen Zugang zu den Konten haben müssen.

Peter Held:

Er erklärt, dass zur Hauptkasse nur Antje und er Zugang haben. Gleiches gilt für den Online-Zugang zum Konto. Die Stellvertreter haben keinen Onlinezugang.

Alexander Ziehe:

Er möchte wissen, ob alle Finanzer der FSR gewählte FSR-Mitglieder sein müssen.

Peter Held:

Verneint.

Daniel Münch:

Er denkt, dass wir zur Abstimmung übergehen sollten. Er fragt, wer für den Antrag von Enrico ist.

Abstimmung: 2 / 2 / 7 – abgelehnt

Daniel Münch:

Er beantragt, dass eine Delegation von StuRa-VertreterInnen zur DAAD-Konferenz als dringlich auf die TO genommen wird, nämlich als TOP 11.

-keine Gegenrede, daher angenommen

endgültige Tagesordnung:

- TOP 1 FA-022-2012: Benefizkonzert für Trinkwasserinitiative "Viva con Aqua"* (Patrick Csonka)
- TOP 2 Diskussion und Beschluss: Zusammenarbeit und einen Rahmenvertrag mit dem DMB Jena und Umgebung e. V.* (Mike Niederstraßer)
- TOP 3 Diskussion und Beschluss: Tarifliche Eingruppierung der Geschäftsleitung* (Christopher Johne)
- TOP 4 Diskussion und Beschluss: Kursangebot und Kurspreise Sprachenzentrum sowie ggf. Anpassung der Kooperationsvereinbarung* (Vorstand)
- TOP 5 Bericht
- TOP 6 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
 TOP 7 Aufhebung der Vorstandsbeschlüsse zu M-048-2012: Vortragsreihe "Vorsicht Lichtwechsel", M-059-2012: Vortragsreihe Pogrome und M-060-2012: Fakultätsfest Informatik/Mathe
- TOP 8 Wahl 3. Referent Menschenrechtsreferat (Vorstand)
- TOP 9 2. Lesung und Beschluss: Satzungsänderung Ämter zur Hälfte mit Frauen besetzen (Mike Niederstraßer)
- TOP 10 2. Lesung und Beschluss: Geschäftsordnungsänderung zur Antragsfrist für Finanzanträge sowie 1. Lesung: Änderung Finanzordnung Vorlauf Finanzanträge (Felix Quittek)
- TOP 11 2. Lesung und Beschluss: Antrag auf Fördermitgliedschaft im Kunsthof Jena e. V.
 - (Carola Wlodarski-SimsekWlodarski-Simsek)
- TOP 12 Delegation zur Mitgliederversammlung DAAD (Vorstand)
- TOP 13 M-049-2012: BuFaTa Physik 08.-12.05.2012 (FSR PAF)
- M-062-2012: BuFaTa Medizin 29.06.-01.07.2012 (FSR Medizin)
- TOP 15 Diskussion und Beschluss: Digitales Schwarzes Brett (Johannes Struzek)
- TOP 16 Bestätigung Daniel Münch als stellv. Kassenverantwortlicher (Peter Held)
- Sonstiges

Abstimmung TO: einstimmig angenommen

TOP 7 Aufhebung der Vorstandsbeschlüsse zu M-048-2012: Vortragsreihe "Vorsicht Lichtwechsel", M-059-2012: Vortragsreihe Pogrome und M-060-2012: Fakultätsfest Informatik/Mathe (Mike Niederstraßer)

Daniel Münch:

Er berichtet, dass die FSR-KOM die Anträge angenommen hat und sie durch den Vorstand bewilligt wurden. Mike möchte wegen FinO §10 8 das Verfahren ändern und auch Anträge auf den 30-Cent-Topf unter 500€ vom Gremium entscheiden lassen. Die

Tagesordnungspunkte wurden zusammengefasst um eine eine Abstimmung im Block zu ermöglichen.

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie fragt ob Stellungnahmen der FSR-KOM vorlagen.

Daniel Münch:

Er antwortet, dass dies nur bei zweien der Fall ist, die positiv beurteilt wurden.

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie denkt, dass ein positives Votum doch bereits ein fächerübergreifendes Interesse festgestellt hat.

Johannes Struzek

Er betont, dass in der FinO "Stura" steht und Uneinigkeit darüber besteht, ob unter 500€ vom Gremium oder dem Vorstand freigegeben werden. Mike meint dies müsse immer der Sturatun, wenn der Stura-Anteil unter 500€ lag, ging es aber über den Vorstand.

Peter Held:

Er denkt, die FSR-Kom sollte Stellung nehmen und mit Studierendenrat ist nur der allgemeine StuRa gemeint. Es sind seiner Meinung nach also die normalen anderen Paragrafen anzuwenden, wie auch für andere Anträge auf unter 500€.

Carola:

Sie schließt sich Peter an, gerade weil es nicht das erste Mal war und weil es wirklich keine hohen Beträge sind und damit nicht für eine StuRa notwendig sind.

Daniel Münch:

Er liest den Antrag vor: Der Stura bestätigt die Vorstandsbeschlüsse und berechtigt den Vorstand Anträge auf den 30-Cent-Topf bis zu 500€ zu entscheiden, so wie es auch bei Anträgen auf andere Töpfe ist. Dies ist auch der Fall, wenn durch Gelder einzelner FSRe insgesamt mehr als 500€ aus Studierendengeldern freigegeben werden.

Hauke Rehr

Er fragt nach, ob Daniel auch eine Satzungsänderung anstrebt.

Daniel Münch:

Er sieht es als Grundsatzentscheidung und würde eine Satzungsänderung beantragen, wenn noch andere Satzungsänderungen zur FSR-KOM anstehen.

Johannes Struzek:

Er hätte gerne ein Ergänzung, dass langfristig eine Satzungsänderung anzustreben ist und würde es gerne schon bindend formulieren, z.B. über eine Befristung bis zur Auflösung des StuRa. Er formuliert einen Ergänzungsantrag.

Peter Held:

Er sieht das Problem, dass der Vorstand dann über zu viel entscheiden könnte. Er ist dagegen, dass der Vorstand auch Sachen freigeben kann, die insgesamt (also FSR+StuRa) über 500€ sind

Daniel Münch:

Er streicht den Satz aus seinen Antrag.

Abstimmung Johannes: Diese Entscheidung gilt bis zur Auflösung des Sturas und soll langfristig in die Ordnungen der Studierendenschaft aufgenommen werden. 7/2/2

Abstimmung Daniel: Stura bestätigt Vorstandsbeschlüsse und gibt Vorstand Berechtigung 30-Cent-Topf-Anträge bis 500€ zu entscheiden 11/0/0

Vorschlag für zukünftiges Verfahren: 11 / 0 / 0 – angenommen (ist das gleiche wie die anderen beiden)

Abstimmung Aufhebung Vorstandsbeschlüsse: 0 / 9 / 2 - abgelehnt

TOP 8 Wahl 3. Referent Menschenrechtsreferat (Vorstand)

Simon Herter:

Er begrüßt alle. Die letzten Monate im Referat waren wegen personeller Probleme sehr chaotisch. Jetzt möchte er wieder mehr Projekte realisieren. So organisieren sie derzeit

Praktika für Soziologiestudierende, darüber können vier Studierende eine Ausstellung organisieren.

Daniel Münch:

Er fragt nach, welche Themen mit engem Bezug zur Lebenswirklichkeit von Studierenden es geben soll.

Simon Herter:

Er möchte ansprechende Veranstaltungen, die die Vorlesungen ergänzen, anbieten. Es sollen viele Themen angeboten werden.

Kai Bekos:

Er beantragt eine Generaldebatte.

Für die Generaldebatte wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Die Öffentlichkeit wird wieder hergestellt.

Auszählkommission besteht aus Annette Stolz, Martina Jupe und Jan-HenrikWiebe. Gewählt wird auf orangenen Zetteln

Abstimmung: 10 / 0 / 0 -gewählt

Simon Herter nimmt die Wahl an.

TOP 9 2. Lesung und Beschluss: Satzungsänderung Ämter zur Hälfte mit Frauen besetzen (Mike Niederstraßer)

Johannes Struzek:

Er erklärt, dass der Beschlussteil B seiner Meinung nach durch Urabstimmung geschützt ist. Zum Anderen ist der Änderungsantrag von Clemens behandeln. Dazu möchte er sagen, dass er den Antrag schwierig findet, denn die Festlegung auf 50-Prozent sorgt für eine Starre. Nicht alle scheiden gleichzeitig aus, weshalb bestimt Stellen zwangsläufig mit Frauen besetzt werden. Die "N minus 0,5-Regelung" hält er für sinnvoll, denn dann können im Zweifelsfall auch Männer delegiert werden.

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie spricht sich für die 50Prozent-Regelung aus. Denn wenn wir eine Frauenförderung durchsetzten wollen, dann richtig. Die andere Regelung bietet zu viel Rückzugspotential.

Johannes Struzek:

Er kündigt an, eine getrennte Abstimmung durchzuführen.

Felix Quittek:

Er stellt einen **GO-Antrag** auf Durchführung eines Meinungsbild und die Verschiebung der Abstimmung.

Johannes Struzek:

Er stellt einen **GO-Antrag** auf getrennte Abstimmung und einen Antrag auf Abstimmung über den Gesamtantrag.

Abstimmung GO-Antrag Meinungsbild ohne Abstimmung: 2 / 8 / 0 -abgelehnt

Abstimmung GO-Antrag auf Abstimmung "N minus 0,5-Regelung": 11 / 1 / 1 - angenommen

Abstimmung GO-Antrag Abstimmung Gesamtantrag: 11 / 2 / 0 -angenommen

Felix Quittek:

Er stellt einen GO-Antrag auf sofortige Abstimmung

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie formuliert eine Gegenrede, denn die Kritiker sollen sich äußern.

Abstimmung GO-Antrag: 6 / 6 / 0 – abgelehnt

Peter Held:

Er sieht das Problem, dass Posten mit nur einer Person immer weiblich besetzt werden müssen . Damit lähmen wir uns, denn einige Stellen haben keine weiblichen Interessentinnen, zum Beispiel bei der HHV-Stelle und im RIT.

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie erklärt, dass es der Sinn dieses Antrags, dass wir uns reflektieren und die Stellen so umstrukturieren, dass sie auch für Frauen interessant sind. Momentan behalten wir den Status quo bei und ändern nichts. An der Universität sind mehr Frauen als Männer eingeschrieben und dennoch sind aber 2/3 der Posten männlich besetzt. Wir tun so, als lebten wir alle postgender, aber das ist nur Heuchelei. Es bedarf einer grundlegenden Änderung.

Johannes Struzek:

Er denkt, dass die Diskussion immer gleich abläuft. Es wird immer festgestellt, dass die 50-Prozent Quote die einzig gerechte ist. Dann werden Ängste aufgebaut und durch die Ängste soll die Motivation zur Veränderung geschaffen werden. Er ist dennoch für eine "N minus 1-Regelung", damit die Arbeitsfähigkeit erhalten bleibt. Man kann dies als Übergangslösung betrachten. Referenten für Vorträge sollen aus dieser Regelung rausfallen. Er ist für den Antragssteil B von Mikes Antrag.

Felix Quittek:

Er versteht, warum Frauenquoten eingeführt werden, wenn es um Machtposition geht. Ihm geht es hier aber vorrangig um den Umgangston und nicht darum, dass hier vorrangig Männer sitzen. Eine Änderung der Quote bringt nichts, wenn dann nur dominante Menschen hier sitzen und sich dominant verhalten. Unabhängige Strukturen, wie das Akrützel, will er nicht bevormunden, dass wäre kontra-produktiv. Er ist für eine Evaluation, warum sich Frauen nicht im StuRa engagieren.

BenjaminRößner:

Er stimmt Felix Quittek zu. Frauen sollen nicht generell bevorzugt werden, denn es geht um Leistung. Er findet, dass die Reglung nur ein Ergebnis hätte, nämlich Handlungsunfähigkeit des Gremiums. Er erinnert an die Vorstandswahl. Er denkt, dass die Studierenden die Quote nicht verstehen. Außerdem muss man den Unwillen akzeptieren, wenn Frauen ein Amt oder eine Position nicht wollen. Durch die Quote wird Druck auf Frauen aufgebaut, was nachteilig ist. Außerdem muss Gleichberechtigung in beide Richtungen gedacht werden.

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie denkt, dass es nur gut ist, wenn das Gremium mal eine Watsch kriegt. Der Leistungsgedanke ist schön, aber die strukturelle Benachteiligung von Frauen wird verschwiegen. Menschen mit Migrationshintergund bringen auch nicht schlechtere Leistungen, weil sie dümmer sind, sondern weil sie benachteiligt sind. Bei Frauen ist das auch so. Die Lektoratswahl ist ein gutes Beispiel: die Frau war genauso gut qualifiziert, erschien aber aufgrund dessen, dass sie eine Frau ist, ungeeigneter. Die strukturelle Bevorzugung von Männern, auch wenn sie in einer Gruppe in der Minderheit sind, besteht weiter. Es geht darum, dass Männer Privilegien abgeben und dadurch eine Annäherung von Männern und Frauen entsteht. Zu den Gründen, warum sich Frauen nicht engagieren, ist die häufige Mehrfachbelastung zu erwähnen, zum Beispiel Kindererziehung zu erledigen. Stellen müssen so strukturiert werden, dass sie auch für Frauen attraktiv sind.

Benjamin Rößner:

Er stellt einen GO-Antrag auf Schließung der Redeliste.

-keine Gegenrede, daher angenommen

Clemens Beck:

Er schließt sich seinem Vorredner an. Außerdem ist er der Ansicht, dass Stellen häufig auch nach Sympathie vergeben werden. Besonders da sollte eine Frauenquote greifen. In der Vergangenheit gab es auch weibliche Vorständerlerinnen. Eine 1/3-Quote belastet die Arbeit nicht – selbst die CDU hat eine solche Regelung und existiert ja noch. Die 50-Prozent ist zu hoch.

Peter Held:

Er ist der Ansicht, dass sich ein strukturelles Defizit nicht durch den Antrag beheben lässt. Er spricht sich dafür aus, dass Referenten auf Veranstaltungen nicht in den Antragsgegenstand fallen. Posten sollen stärker beworben werden, damit auch mehr Frauen auf diese aufmerksam gemacht werden.

Johannes Struzek:

Er meint, dass nicht konkret im Antrag steht, welche bezahlten Tätigkeiten zum Antragsgegenstand zählen. Er möchte es also geklärt wissen. So kann er dem Antrag nicht zustimmen. Die FSR sind meistens männlich besetzt, wie sollen diese die Regelung also umsetzen. Was autonome Strukturen angeht, so muss die Frage gestellt werden, ob diese überhaupt besteht oder ob wir sie nur zugestehen. Er ist der Auffassung, dass wir nirgendwo eingreifen.

Felix Quittek:

Er versteht Johannes Struzek Menschenbild nicht. Wenn wir ehrenamtlich arbeitenden Personen Vorschriften machen, dann ist das nur Machtdünkel und das ist schlecht. Er plädiert für eine Weiblichkeitsquote.

Änderungsantrag Clemens bezahlte Stellen zu mindestens 50% mit Frauen zu besetzen: 6 / 3 / 4 – angenommen

Änderungsantrag Clemens andere Positionen zu (abgerundeter) Hälfte mit Frauen zu besetzen: 7/3/2 -angenommen

Gesamtrag Teil A: 7 / 6 / 0 -abgelehnt, wegen fehlender 2/3-Mehrheit

Felix Ouittek:

Er gibt eine persönliche Erklärung ab.

Daniel Münch:

Er gibt eine persönliche Erklärung ab.

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie gibt eine persönliche Erklärung ab.

TOP 10 2. Lesung und Beschluss: Geschäftsordnungsänderung zur Antragsfrist für Finanzanträge sowie 1. Lesung: Änderung Finanzordnung Vorlauf Finanzanträge (Felix Quittek)

Daniel Münch:

Er stellt einen **GO-Antrag** auf Vertagung des Beschluss über die Geschäftsordnungsänderung bis zum Beschluss über die Finanzordnung. Diese Reihenfolge ist nämlich logischer.

-keine Gegenrede, daher angenommen

Felix Quittek:

Er verliest §17 Abs. 5 der FinO. Die Antragsfrist soll von 10 auf 17Werktage erhöht werden, denn dann können wir noch ausreichend darüber diskutieren. Die Frage ist, ob der zweite Antrag noch notwendig ist, wenn wir die Frist erhöhen.

Johannes Struzek:

Er hält die Änderung von §17 für sehr sinnvoll, da es keine Hürden schafft. Für Eilkundgebungen und ähnliche Aktionen gilt das nicht. Eine Änderung von §12 ist weniger sinnvoll, weil es nur mehr Bürokratie schafft.

Peter Held:

Er möchte wissen, warum ausgerechnet 17 Tagegefordert werden. 15Tage entsprechen drei Wochen und das wäre sinnvoller.

Johannes Struzek:

Er erklärt, dass der Eingangstag und Behandlungstag auch gelten. Außerdem ist Samstag ein Werktag.

Felix Ouittek:

Er schlägt vor die FinO zu ändern und die Satzung so lassen. Er denkt, dass die Antragsfrist für Projekte länger sein sollte als die Frist bis zur Behandlung auf einer Sitzung. Er spricht sich dafür aus, dass die Antragsfrist bis zur Projektdurchführung lang sein soll, damit Auflagen erheben können. Frist zur Sitzung soll lang genug sein, dass wir den Antrag prüfen können. Zeit zur Projektdurchführung soll länger sein, als die Frist zur Prüfung.

Johannes Struzek:

Er denkt, dass wir uns einigen müssen, ob sich die Frist auf den Abschluss des Projektes oder auf den Zeitraum vor der Einleitung der ersten Maßnahmen bezieht.

Peter Held:

Er denkt, dass der Durchführungstag gelten sollten, denn vor der Durchführung ist ja die Grundplanung notwendig.

Felix Ouittek:

Er schließt sich dem an. Er findet einen Monat ist ausreichend, um einen Antrag zu prüfen. Übermäßig lange Fristen wären schlecht, denn die Hemmen das Engagement. Bevor die

Antragssteller Aufträge vergeben, sollten die Antragssteller hier her kommen. Dann können sie beraten werden und auf unsere Richtlinien hingewiesen.

Peter Held:

Er erklärt, dass Kultursachen ohnehin nur mit 500Euro gefördert werden können. Er denkt nicht, dass die Kritik von Enrico auf der letzten Sitzung gerechtfertigt ist. Durch die Option von Dringlichkeitsanträgen ist man dennoch flexibel.

Johannes Struzek:

Er erinnert daran, dass häufig Catering, Flyer und ähnliches kritisiert werden und nicht unsere Standards erfüllen. Gerade die ersten Maßnahmen sind also kritisch. Insofern sollten die Fristen verlängert werden oder die ersten Maßnahmen als Stichtag gelten.

Peter Held:

Er plädiert für eine explizite Formulierungen wie "vor erstem Druck" oder ähnliches.

Johannes Struzek:

Er ist auch für eine explizite Formulierung. Eine, die besagt, dass die Frist vor dem Einleiten erster Maßnahmen liegt.

Peter Held:

Er möchte wissen, wie Anträge zu Vortragsreihe behandelt werden, bei denen der StuRa nur einen von fünf Vorträgen fördert.

Johannes Struzek:

Er denkt, dass damit ein Teil der Veranstaltung von uns gefördert wurde und daher überall unser Logo drauf muss.

Felix Quittek.

Er ist der Auffassung, dass wir uns verrennen. Er ist für eine Erhöhung Antragsfrist. Diese kann durch explizite Angaben genau festgelegt werden.

-damit ist die erste Lesung abgeschlossen

TOP 11 2. Lesung und Beschluss: Antrag auf Fördermitgliedschaft im Kunsthof Jena e. V. (Carola Wlodarski-SimsekWlodarski-Simsek)

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie möchte nochmal darauf hinweisen, dass sie auf einen positiven Bescheid hofft.

Frances Karlen:

Sie spricht sich für den Antrag aus.

Johannes Struzek:

Er findet es generell eine gute Sache, gerade hinsichtlich längerer Planungen. Er erklärt, dass Mitgliedsbeiträge gerade für die Infrastruktur von Vereinen wichtig sind, da nur durch diese institutionelle Kosten wie Internetseite oder Büro abgerechnet werden können.

Peter Held:

Er ist zwar dafür, aber den Betrag selbst sieht er kritisch 250,00Euro. Er möchte nicht, dass ein willkürlicher Betrag gezahlt wird.

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie erklärt, dass der Mitgliedsbeitrag im Jahr bei 25Euro liegt, dieser wurde mit 10 multipliziert. Außerdem wurde im Gespräch der Betrag als hilfreich benannt.

Peter Held:

Er findet es wichtig eine Erklärung für den Betrag zu haben.

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie erklärt, dass man in vielen Vereinen seinen Mitgliedsbeiträge selbst festlegen kann.

Johannes Struzek:

Er meint, dass der StuRa auch bei anderen Vereinen selbstgewählte Beiträge zahlt. Wir erhalten im Kunsthof ein Stimmrecht. Den Betrag von 250,00Euro zahlen wir auch an viele andere Vereine. Er findet, dass eine sinnvolle Fördersumme auch wichtig ist. Nur mit einem höheren Betrag erzielt man auch eine Wirkung. Er denkt, dass es einen Nutzen für die Studierendenschaft gibt. Kulturförderung gehört zu den Aufträgen des StuRa.

Peter Held:

Ihm geht es nur darum, dass wir eine Regelung haben, um den Betrag plausibel erklären zu können.

Johannes Struzek:

Er möchte wissen, ob es bei unseren anderen Vereinen eine Festlegung gibt oder auch dort der Beitrag nur auf Beschluss hin festgelegt wurde.

Peter Held:

Er denkt, dass wir auch in anderen Vereinen freigewählte Beiträge zahlen. Das es aber bisher so gehandhabt wurde, heißt nicht, dass es so richtig ist. Der Vorstand sollte das nachprüfen.

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie empfiehlt einen Blick in die Protokolle. Denn dort werden die Entscheidungsprozesse dargestellt. Viele Vereine haben nur Mindestbeiträge, es kann aber immer mehr gegeben werden.

Johannes Struzek stellt einen Ergänzungsantrag, dass die Stimme im Verein durch das Kulturreferat wahrgenommen wird.

Abstimmung: 9 / 0 / 3 – angenommen

Ergänzungsantrag auf Kopplung Stimme Kunsthof an Referat: 7 / 2 / 1 - angenommen

TOP 11 Delegation zur DAAD-Konferenz (Vorstand)

Enrico Schurmann:

Er erklärt, dass der DAAD einer der größter Förderer von studentischen Kulturveranstaltungen ist. Wir haben eine Stimme dort und sollten auch hinfahren, um als Studierende genug Mitsprachemöglichkeit zu haben.

Daniel Münch:

Er fragt, wer Enrico begleiten soll.

Enrico:

Er hat mit Int.Ro gesprochen und Christina, als Referentin, würde mitkommen. Am 3. Juli findet eine Internationalisierungkonferenz statt, also im direkten Anschluss an die DAAD-Tagung. Sie würden auch dieser Konferenz gerne beiwohnen, dann müssten aber Übernachtungskosten in Bonn bezahlt werden.

Johannes Struzek:

Er beantragt, dass Enrico und Christina als Delegierte an beiden Konferenzen teilnehmen.

Peter Held:

Er bittet darum, dass diese morgen gleich gebucht werden.

Enrico Schurmann:

Bejaht.

Johannes Struzek:

Er fragt nach dem Abstimmungsmodi bei den beiden Delegierten. Er will wissen, ob sie im Konsens abstimmen werden.

Enrico Schurmann:

Er hält die Konsensabstimmung für selbstverständlich. Wenn sich keine Einigung erzielen lässt, dann werden sie sich bei den Abstimmungen enthalten.

Abstimmung: 10 / 0 / 0 - angenommen

TOP 13 M-049-2012: BuFaTa Physik 08.-12.05.2012 (FSR PAF)

Stephan Siewert:

Sie haben den Finanzplan nachgebessert. Im Mai 2013 ist die BuFaTa und es kommen mindestens 150 Personen aus dem gesamten deutschsprachigen Raum. Sie haben beim Ministerium wegen einer Förderung angefragt. Das Ministerium fördert aber nur, wenn ein Eigenbeitrag in Höhe von ungefähr 50Prozent geleistet wird. Sie haben das Geld von der FSR-Kom bewilligt bekommen.

Peter Held:

Er erklärt, dass der StuRa die Mittel freigeben kann, aber nur mit 2/3 der Anwesenden, da es sich um eine Ausgabe für 2013 handelt.

Daniel Münch:

Er fragt nach der Notwendigkeit eines Mietwagen.

Stephan Siewert:

Er erklärt, dass Gepäck und Einkäufe transportiert werden müssen.

Daniel Münch:

Er will wissen warum Dixies angemietet werden müssen.

Stephan Siewert:

Er erklärt, dass einige Teilnehmer in der Heinschule übernachten. Diese hat aber zu wenig Toiletten und Duschen. Aber sie suchen noch nach anderen Unterbringungen, sodass sie die Dixies hoffentlich doch nicht brauchen.

Peter Held:

Er möchte wissen, wie die Hefte aussehen sollen. Im StuRa drucken wäre günstiger. Er denkt , dass es bei den T-Shirts und dem Mietwagen Einsparpotential gibt. Ebenso beim Geschirrund Mensaessen.

Felix Quittek:

Er ist von den großen Summen irritiert. Er denkt, dass andere FSR BuFaTa mit weniger Mittel finanzieren.

Stephan Siewert:

Er erklärt, dass die hohen Kosten durch die große Teilnehmerzahl entstehen. Die Übernachtungen müssen halt bezahlt werden, selbst wenn diese nur in Turnhallen stattfinden.

Stephanie Borck:

Sie meint, dass man bei den Stadtführungen Kosten sparen kann, indem man diese selbst organisiert.

Stephan Siewert:

Er erklärt, dass sie erstmal mehr beantragen müssen, denn ansonsten bekommen sie weniger vom Ministerium

Johannes Struzek

Er sieht Sparpotential. Aber wegen der BMBF-Förderung plädiert er dafür, dass dem Antrag erstmal zugestimmt wird. Er fordert die Auflage, dass es monatlich ein Gespräch mit dem HHV gibt.

Peter Held:

Er versteht den Antrag so, dass die 1000,00 Euro nur für den Notfall sind. Wird genug Förderung erzielt und die entsprechenden Sparmaßnahmen durchgeführt, dann ist die Zahlung überflüssig.

Stephan Siewert:

Bejaht.

Stephanie Borck:

Sie möchte wissen, welche Firmen die BuFaTa fördern.

Stephan Siewert:

Er erklärt, dass es 240 Firmen deutschlandweit sind, vorallem Hersteller von Geräten. Sie lassen ihr die Liste zukommen.

Felix Ouittek:

Er fragt, ob nicht der Reader und das Tagungsheft zusammengefasst werden können.

Stephan Siewert:

Er erklärt, dass das nicht geht, denn der Reader ist für die Ergebnisse.

Abstimmung: 8 / 0 / 2 -angenommen

TOP14 M-062-2012: BuFaTa Medizin 29.06.-01.07.2012 (FSR Medizin)

Carolin Fleischmann:

Sie stellt einen Antrag auf Förderung der BuFaTa. Es werden 180Teilnehmer erwartet, die hier an verschiedenen Themen arbeiten. Es gibt ein vielfältiges Programm. Die Übernachtung finden in Turnhallen statt und das Essen wird viel selbst gemacht. Das Studentenwerk kann die Versorgung nicht übernehmen. Wegen der Kürze der Zeit, die für die Organisation zu Verfügung stand, musste der FSR einige ungünstige Entscheidungen treffen. Es wurde mit Peter Held und Johannes Struzek besprochen. In der FSR-Kom wurde ihr Antrag bereits angenommen. Sie suchen immer noch weiter nach Sponsoren.

Peter Held:

Er berichtet, dass der Finanzplan gekürzt und optimiert wurde. Er sieht kein Problem mehr bei der Finanzierung.

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie will wissen, was gekürzt wurde.

Carolin Fleischmann:

Sie erklärt, dass der Kaffee, die Namensschilder, der Bürobedarf und die T-Shirts gestrichen oder gekürzt wurden. Freitag gibt es Crepes, das ist günstig. Samstag müssen sie einen Lieferservice nehmen, weil nicht genug Helfer da sind, um selbst für alle zu kochen.

Felix Ouittek:

Er bittet, dass die Nachhaltigkeitsrichtlinien beachten werden.

Abstimmung: 10 / 0 / 0 -angenommen

TOP15 Diskussion und Beschluss: Digitales Schwarzes Brett (Johannes Strutzek)

Johannes Struzek:

Er hat sich mit der verantwortlichen Person von der Universität getroffen. Es soll ein digitales schwarzes Brett geben und dieses wurde von Fabian Manheim entwickelt. Die Kosten trägt die Universität, aber der StuRa soll der Betreiber sein. Das ist an anderen Universitäten auch so. Die Universität stellt 100,00 Euro pro Monat zur Verfügung, um die Kosten für die Betreuung zu decken.

Fabian Manheim:

Er will wissen, ob die Mittel zeitlich unbegrenzt sind.

Johannes Struzek:

Bejaht. Er stellt seinen Antrag vor.

Fabian Manheim:

Er hat sich erkundigt, wie hoch der Aufwand ist. Die Antworten sind sehr unterschiedlich. Da das schwarze Brett aber nur uni-intern ist, ist der Administrationsaufwand klein. Man kann es schlecht beziffern. Bei Fragen muss jemand für die Benutzer ansprechbar sein.

Stephanie Borck:

Sie findet gut, dass das Geld zugesichert wurde. Sie macht sich eher Sorgen, wegen der Vertragspartnerschaft. Als Betreiber lägen die Pflichten beim StuRa. Eine Kopplung mit dem Ö-Ref fände sie gut.

Peter Held:

Er denkt, dass es schwierig ist, wenn der StuRa der Betreiber ist. Denn dann sind wir im Zweifelsfalle eine einem Rechtsstreit die Angeklagten. Er denkt auch, dass der Stundenaufwand anfänglich höher ist.

Fabian Manheim:

Er wendet ein, dass die Nutzer eindeutig identifizierbar sind und dann kann die Privatperson belangt werden. Er ist bis nächsten Sommer an der Uni, bis dahin würde er die Arbeit übernehmen.

Johannes Struzek:

Die Bericht über die Stunden sind sehr verschieden. Man muss ja nicht die Stundenzahl vergüten, sondern kann eine pauschale AE zahlen. Die technische Betreuung läuft über Uni. Eine Kopplung an das Referat sieht er kritisch.

Fabian Manheim:

Er erklärt, dass alle juristischen Bedenken mit dem Rechtamt besprochen wurden.

Felix Ouittek:

Er findet es unterstützenswert.

Stephanie Borck:

Sie denkt, dass der StuRa das Projekt aber auch selbst stämmen könnte. Wir bezahlen schließlich Personen für Technikbetreuung.

Peter Held:

Er erklärt, dass der StuRa das Geld nicht pauschal bekommt, sondern es ist personengebunden.

Kai Bekos:

Er stellten einen GO-Antrag auf Schließung der Redeliste.

Stephanie Borck:

Sie formuliert eine Gegenrede, denn sie findet eine Diskussion wichtig, da es noch offene Rechtsfragen gibt.

Abstimmung GO-Antrag: 2 / 4 / 4 -abgelehnt

Carola Wlodarski-Simsek:

Sie findet das ganze Projekt sinnlos und denkt nicht, dass in der Studierendenschaft Interesse daran besteht.

Fabian Manheim:

Er erklärt, dass eine Umfrage von einer Psychologin durchgeführt wurde und 700 Studierende haben sich für das digitale schwarze Brett ausgesprochen

Johannes Struzek:

Er denkt, dass die Bezahlung pauschal im Vertrag festgesetzt wird. Er ist dafür, dass es mehrere Gespräche gibt und die Vereinbarung dann vertragsfertig im StuRa vorgestellt wird. Die pauschale AE ist die beste Lösung.

¬ 1.	\sim	•	1
40 IV	(h	11††	OL.
Felix	$\mathcal{O}\iota$	มาเเ	UN.

Er meint, dass die Geschäftsleitung die Moderation des Brettes übernehmen könnte.

Stephanie Borck:

Sie fragt Johannes Struzek; ob er will, dass der Beschluss zurückgestellt wird. Für die Variante würde sie sich aussprechen.

Peter Held:

Er erklärt, dass die Technikbetreuung die Aufgabe nicht übernehmen kann. Es existierte eine vertragliche Vereinbarung über die Betreuungsleistungen und das digitale schwarze Brett fällt da nicht rein.

Johannes Struzek:

Er würde es als einen Arbeitsauftrag an den StuRa-Vorstand beschließen.

Stephanie Borck:

Sie denkt, dass dann ein Beschluss nicht nötig ist. Wenn die Gespräche geführt wurden, dann kann man das Gremium informieren und dann wird beschlossen.

Johannes Struzek:

Er denkt, dass alle genug Gelegenheit hatten sich zu informieren. Er möchte abstimmen. Er bittet um eine positive Abstimmung.

Antrag von Johannes Struzek: Der Stura will ein digitales schwarzes Brett betreiben, aber ohne Rückgriff auf Studierendenbeiträge. Der Vorstand soll einen Vertrag oder Vereinbarung mit der Universität erarbeiten.

Abstimmung: 5 / 0 / 3 -angenommen

TOP16 Bestätigung Daniel Münch als stellv. Kassenverantwortlicher (Peter Held)

Felix Quittek:

Er stellt einen GO-Antrag auf sofortige Abstimmung.

-keine Gegenrede, daher angenommen

Abstimmung: 7 / 0 / 1 – angenommen

TOP17 Sonstiges

Die Sitzungsleitung schließt die Sitzung um 23.03 Uhr.			
Protokollantin	Sitzungsleitung		